



BILD: GUIDO SUSS

Wörter von Pörtner Privatsphäre

Die Frage, was genau unter Privatsphäre zu verstehen ist, hat der Schweiz einiges Ungemach beschert. Obwohl der 1949 erschienene Roman von George Orwell schon ein Vierteljahrhundert über das Ablaufdatum (1984) hinaus ist, bleibt die Vision eines alles überwachenden Staates fest im öffentlichen Bewusstsein verankert, auch wenn nicht allen Fans des mehr oder weniger erfolgreichen Fernsehformats «Big Brother» bewusst ist, dass der Titel eine Referenz an Orwell ist.

Heute sind es nicht nur Regierungen, die mit ihrem Datenhunger die Leute beängstigen. Google kam ins Kreuzfeuer, weil das Unternehmen über alles und jeden Bescheid wissen will. Wer ein Handy benutzt, ist jederzeit lokalisierbar. Wer ein Internet- und GPS-fähiges Smartphone hat, kann diese Daten zum Beispiel über «Google Latitude» anderen zugänglich machen.

Dann wissen Freunde und Bekannte immer, wo man ist. Unterdessen gibt es in den USA schon Dienste, die falsche Ortungssignale aussenden, weil es schlecht aussieht, wenn man behauptet, in der Firma Überstunden zu schieben, während sich das Handy offensichtlich in der Piranha-Bar vergnügt. Cumulus- und Superkarten wissen, was wir gerne essen, Kreditkarten, was wir gerne kaufen, Bank- und Postkarten, wo wir wann wie viel Geld bezogen haben. 300 Franken morgens um zwei am Bancomat neben der Piranha-Bar zum Beispiel. Das ist vielen Leuten unheimlich und wenn irgendwo eine Videokamera aufgestellt wird, hagelte es Proteste.

Um das mythische Jahr 1984 herum flog der Fichenskandal auf, später kam heraus, dass sogar V-Männer eingesetzt wurden, die versuchten, potenziell linksradikale Stammtischrunden zu Bombenanschlägen und bewaffnetem Kampf zu animieren. Das galt als legitim, weil das Staatsinteresse höher gewertet wurde als die Privatsphäre. Wer sich um die Privatsphäre Sorgen machte, geriet in den Verdacht, paranoid oder Sympathisant düsterer Mächte zu sein. Datensammler und Staatsschützer hatten ein schlagendes Argument gegen den Schutz der Privatsphäre parat: Wer nichts zu verbergen hat, hat auch nichts zu befürchten.

Viele Leute sind weiterhin der Ansicht, es sei nicht Privatsache, welches Kraut man im Garten anpflanzt, welches Spiel man in die

Konsole schiebt oder welches Geschlecht die Person hat, mit der man den Bund fürs Leben zu schliessen gedenkt.

Seit der Diskussion um ausländische Steuerhinterzieher hat die Privatsphäre eine erstaunliche Aufwertung erfahren: Neuerdings soll selbst wer etwas zu verbergen hat, nichts zu befürchten haben. Vorausgesetzt, es handelt sich beim zu Verbergenden um am Fiskus vorbeigeschleustes Geld. Die Privatsphäre jener, die den Staat um seine Einnahmen bringen, ist eine andere als die derer, die den Staat etwas kosten. Sozialhilfeempfänger, Invalide und Arbeitslose stehen unter Generalverdacht, etwas zu verbergen und ihre Privatsphäre ist auch in Zukunft nicht viel wert.

Der Schutz der in diesem Sinne neu definierten Privatsphäre ist zweifellos richtig, denn hätten mehr Leute mit viel Geld und hohen Einnahmen ihre Steuern nicht bezahlt, hätten Staaten wie die USA oder Deutschland während der Finanzkrise kein Geld gehabt, die maroden Kredite der Banken aufzukaufen, diese wären pleitegegangen, das Finanzsystem wäre zusammengebrochen und das ganze Schwarzgeld wäre futsch gewesen. Womit unserem Land eine Menge Ärger erspart geblieben wäre.

STEPHAN PÖRTNER
(STPOERTNER@LYCOS.COM)
ILLUSTRATION: MILENA SCHÄRER
(MILENA.SCHAERER@GMX.CH)